Antwort auf die Anfrage der CDU (Drucksachen-Nr. 9993/2014-2020) vom 20.12.2019 für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.01.2020

Thema:

Umsetzung der Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung i.R. der Reformierung des KiBiz

Frage:

Welche Vorgehensweise zur Umsetzung in Bielefeld plant die Verwaltung?

1. Zusatzfrage: Welcher Zeitplan ist vorgesehen?
2. Zusatzfrage: Wie werden die Stadtbezirke eingebunden?

Antwort:

Vorbemerkung:

Ab 01.08.2020 stellt das Land zusätzliche Mittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Kindertagesbetreuung zur Verfügung. § 48 Abs. 1 Satz 2 KiBiz bestimmt, dass die Zuschussung der finanziellen Förderung von kind- und bedarfsgerechten, familienunterstützenden Angeboten in der Kindertagesbetreuung dienen muss. Der Gesetzgeber benennt sechs Umsetzungsvarianten, die insbesondere in Betracht kommen.

§ 48 Abs. 4 Satz 1 KiBiz bestimmt, dass bei der Konzeptionierung und Inanspruchnahme der flexiblen Angebotsformen den alters- und entwicklungsbezogenen Bedürfnissen der Kinder nach Kontinuität und Verlässlichkeit sowie den Bindungs- und Bildungsprozessen der einzelnen Kinder Rechnung zu tragen ist.

Das Land stellt im Kindergartenjahr 2020/2021 einen Betrag von 40 Mio. €, im Kindergartenjahr 2021/2022 von 60 Mio. € und ab dem Kindergartenjahr 2022/2023 von 80 Mio. € jährlich landesweit zur Verfügung. Voraussetzung für den Zuschuss ist, dass die Kommune diesen Zuschuss um 25 Prozent erhöht, für zeitlich flexible Angebotsformen der Kindertagesbetreuung einsetzt und an Träger von Tageseinrichtungen, Kindertagespflegepersonen oder Anstellungsträger von Kindertagespflegepersonen weiterleitet.

Der auf die Stadt Bielefeld entfallende Zuschuss beläuft sich für das Kindergartenjahr 2020/2021 auf ca. 800.000 €. Unter Hinzurechnung der Aufstockung, die die Kommune zu leisten hat (ca. 200.000 €) ergibt sich für das Kindergartenjahr 2020/2021 ein Gesamtbetrag von ca. 1,0 Mio. €, der für die Flexibilisierung der Betreuungszeiten zur Verfügung steht.

Geplante Vorgehensweise der Stadt Bielefeld, Zeitplan, Einbindung der Stadtbezirke

Die Verwaltung hat bereits die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII für den Bereich der Kindertagesbetreuung (AG 78) am 10.12.2019 genutzt, um in die Erörterung mit den externen Partnern einzusteigen. In der AG 78 sind die Kita-Träger, die Tagespflegepersonen und der Jugendamtselternbeirat vertreten.

Am 08.01.2020 fand eine Sondersitzung dieser Arbeitsgruppe zum Thema Flexibilisierung der Betreuungszeiten statt. Es sind verschiedene Möglichkeiten der Umsetzung erörtert worden. Dabei ist auch diskutiert worden, wie der o.g. Vorgabe aus § 48 Abs. 4 Satz 1 KiBiz (Berücksichtigung der alters- und entwicklungsbezogenen Bedürfnisse der Kinder nach Kontinuität und Verlässlichkeit sowie der Bindungs- und Bildungsprozesse) Rechnung getragen werden kann. Die Kita-Träger haben auch die Herausforderung thematisiert, dass mit der Flexibilisierung der Betreuungszeiten zusätzlicher Personalbedarf verbunden sein wird – in Zeiten des Fachkräftemangels.

Hilfreich beim weiteren Vorgehen werden die Erkenntnisse aus der kürzlich vom Jugendamt-selternbeirat initiierten Umfrage zu Betreuungsbedarfen der Eltern (siehe auch NW und WB vom 10.01.2020) sein. Berücksichtigen wird das Sozialdezernat zudem die Erfahrungen aus den bisherigen Modellversuchen.

In der Arbeitsgruppe sind verschiedene Prüfaufträge vereinbart worden. Über die Ergebnisse wird in einer zweiten Sondersitzung der AG 78 am 04.02.2020 diskutiert. Bis 29.02.2020 sollen die Kita-Träger dann „kita-scharf“ konkrete Vorschläge für flexibilisierte Betreuungszeiten einschließlich Kostenkalkulation einreichen, über deren Förderung anschließend zu entscheiden ist.

Ziel der Verwaltung ist, gemeinsam mit den Kita-Trägern zusätzliche Modelle und Angebote zu entwickeln, die fachlich sinnvoll sind und den Bedarf der Eltern so gut wie möglich treffen. Eine Verteilung der Mittel mit der Gießkanne wäre von der Wirksamkeit und von der Bedarfslage her nicht sinnvoll. Deshalb sind Schwerpunkte zu setzen; die zeitlich ausgeweiteten Angebote sollten möglichst gut im Stadtgebiet verteilt werden.

Eine Beschlussvorlage für die Sitzung im Mai 2020 ist angestrebt. Diese soll vorab in den Bezirksvertretungen beraten werden.

Nürnberger